

Schön, wenn noch mal nachgedacht wird

Infektionsschutzgesetz: „Autoritäre Tendenz“, FR-Meinung vom 19. November

Sozialprotest wird nicht ausbleiben

Der folgenreiche § 28 a Infektionsschutzgesetz ist beschlossen. Die Zivilgesellschaft hatte keine Möglichkeit, ihn zu diskutieren. Die Änderungen wurden im Bundestag in zwei Wochen durchgedrückt. Erhebliche Grundrechtseinschränkungen bleiben. Sind sie verhältnismäßig?

Die Gesundheitsämter sind trotz personeller Unterstützung durch die Bundeswehr hoffnungslos überfordert. Warum werden in einer Zivilbehörde des Sozialstaates nicht (Medizin-) Studierenden Arbeitsplätze zur Mitarbeit angeboten? Kann diese Mitarbeit nicht auch durch die Vergabe von Credit-Points und unter Anrechnung auf Studienleistungen organisiert werden? Wo sind die aktuellen seuchen- und sozialmedizinischen Studien, die in dieser Krise Probleme lösen helfen sollen? Der desaströse Zustand unserer Kliniken mit ausgepowerten medizinischem Personal: Warum hier keine Jobs für Studenten, die durch die Schließung vieler Betriebe/Gaststätten ihre Existenzgrundlage verloren haben und zum Studienabbruch gezwungen sind?

Die Schönredner und Zuckerbäcker haben ihre hohe Stunde. Vom Kollegen Verdi-Gewerkschaftsvorsitzenden Werneke hätte ich das zuletzt erwartet: „Wir verzeichnen keinen massiven Einbruch von Kaufkraft“. – Wie? Liegt die Berliner Verdi-Gewerkschaftszentrale so fernab vom Leben? Für erdrückend Viele ist die Realität die, dass sie nur 60 Prozent bzw. 67 Prozent ihres Nettogehalts als Kurzarbeitergeld beziehen! Weiß der Gewerkschaftsvorsitzende zudem, dass diese Arbeitenden im Jahre 2021 durch den Bezug dieser Lohnersatzleistung 1. eine Steuererklärung abgeben müssen und 2. mit einer Steuernachzahlung zu rechnen haben, die viele überfordern wird?

In etwa einem Monat wird die Mehrwertsteuer wieder auf 19 Prozent erhöht. Das nutzen die marktstarken Unternehmen zu Preiserhöhungen. Wie FR-Autor Joachim Wille ausführt, wird

die CO₂-Steuererhöhung ab 1.1. für fossile Energieträger vor allem finanzschwache Haushalte belasten (z.B. jene, die sich jetzt im Kurzarbeitergeld befinden). Doppelte Belastung entsteht dadurch, dass die CO₂-Steuer Teil der mit 19 Prozent Mehrwertsteuer zu belegenden Bemessungsgrundlage ist.

Sozialprotest wird nicht ausbleiben. Er wird nicht „schön“ aussehen. Hoffentlich wird er nicht wie „Querdenken“ rechts liegengelassen und steril mit Anwürfen konfrontiert. Es entsteht ein Vakuum, dass die Rechte mit menschenfeindlichem Inhalt füllen wird, wenn Linke nicht vernünftig einwirken. Auch an die Freunde der FR, die „Querdenken“ für schützenswert halten: Ich freue mich darüber wenn (nach-)gedacht wird!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Bundestag hat bewiesen, dass er handlungsfähig ist

Das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes ist kein Gesetz zur Selbstaufgabe des Parlaments. Der Bundestag hat es mehrheitlich beschlossen und damit in verfassungsrechtlicher Hinsicht eine verbesserte Grundlage zur Bekämpfung der Pandemie geschaffen. Er hat gezeigt, dass er in Krisenzeiten handlungsfähig ist und durch gesetzliche Vorgaben die Regierung in ihrem Handeln beschränken kann. Das Parlament wird auch in Zukunft handlungsfähig sein und als Gesetzgeber jederzeit zum Schutz der Bürger eingreifen können. Es gibt hier kein „Übermaß an Ermächtigung für die Exekutive und damit ein unzulässiges Erschweren parlamentarischer Kontrolle“, wovon Stephan Hebel im Leitartikel ausgeht. Wenn er in seinem Kommentar vom 19.11. fortfährt, das Parlament habe schon in normalen Zeiten zu oft vorgelegte Beschlüsse abgenickt und mit der Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes sich selbst gefährlich geschwächt und ein Stück Demokratie aufgegeben, ja sogar Tendenzen in Richtung „autoritäre Demokratie“ sieht, dann schlägt

er damit im Grunde in die gleiche Kerbe wie die AfD, die von „Ermächtigungsgesetz“ und Diktatur spricht.

Eberhard Wolf, Karlsruhe

Zeit ist ein vergessener Parameter

Gaststätten und Hotels drei Wochen lang zu schließen, ist ein Feldversuch mit negativem Ausgang. Jeder Naturwissenschaftler schließt aus den nicht reduzierten Infektionszahlen, dass die Maßnahmen ungeeignet sind, die Epidemie zurückzuführen, und deshalb ohne Risiko beendet werden sollten.

Darauf hätte man auch schon früher kommen können. Ein Treffen von Bekannten in einem Restaurant an Vierertischen mit Trennwänden, registriert, mit Masken – sobald man seinen Sitz verlässt – ist sicher gefahrloser, als in privaten Räumen zusammenzukommen. Nirgendwo ist man so einsam heutzutage wie in Hotels. Nicht einmal den Lift darf man betreten, wenn er besetzt ist. Wie anders ist es da zur Rushhour im öffentlichen Nahverkehr. Es genügen wenige Stationen und Minuten, um mit einer nicht registrierten zweistelligen Anzahl von unbekanntem Mitmenschen auf engstem Raum zusammengewesen zu sein. Zeit ist ein vergessener Parameter in der Diskussion. Statt den Volksversuch weiterzuführen, der Millionen Euro kostet, sollte man im Minimum die Frequenz der Züge im öffentlichen Verkehr erhöhen. Doch wer denkt darüber nach?

Erstaunlicherweise haben die Väter unseres fantastischen Grundgesetzes einen Satz vergessen: Notverordnungen, die die Grundgesetze tangieren, einschränken oder außer Kraft setzen, müssen innerhalb von zwei Wochen nach Verkündung vom Parlament bestätigt werden, oder sie verfallen. Vielleicht würde die öffentliche Diskussion im Parlament etwas mehr naturwissenschaftliches Denken in die Behandlung der Epidemie bringen. H. Eberhard Seelbach, München

Diskussion: frblog.de/autoridaer



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/ff-20201123
Außerdem:
Autoritäre Tendenzen?
Rüstungsausgaben sind toll
Homeoffice und Wege hinaus
Die hohe Schule der Aerosole
Die „Querdenker“ und das Gesetz
Grüne - wogegen, wofür?
Glauben und Wissen
Wohin steuern die USA?
75 Jahre Frankfurter Rundschau
Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert den Fachtag Bildungslandschaft zum Lehren, Lernen und Leben in der digitalen Transformation. Gesprächspartner:innen sind Paula Bleckmann (Alanus Hochschule Alfter), Johannes Moskaliuk (International School of Management) Matthias Rohs (Technische Uni Kassel). Die Veranstaltung ist ausschließlich online zu verfolgen unter digitale-bildung.transferagentur-hessen.de
Donnerstag, 3. Dezember, ab 10 Uhr

Stephan Hebel trägt vor und diskutiert in „Hebels aktueller Stunde“. Nur am Bildschirm. Einwahl über die Konferenzsoftware BigBlueButton: <https://conf.ccc-ffm.de/b/clu-4mt-jrq>
Donnerstag, 3. Dezember, 19 Uhr

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: ybersinn.de/2020/09/24/lesung
Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt

Diener eines Eifersüchtigen

Zu: „Von der Fehlbarkeit des Pastors“, FR-Politik vom 21. November

Der intolerante Pastor aus Bremen weiß sich einig mit einem eifersüchtigen Gott. Was für ihn vorrangig war, hat der Herr gleich am Anfang seiner Gebote dekretiert: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.“ Deshalb verunglimpft sein treuer Diener auf Erden Allah, Buddha und sogar den Papst, von Homosexuellen ganz zu schweigen. Wo ist eigentlich der Unterschied zwischen einem strenggläubigen Christen und einem Islamisten?
Michael Klinksiek, Frankfurt

Ein paar hundert Euro

Zu: „Frauen in der Minijob-Falle“, FR-Wirtschaft vom 18. November

Hier ist ein wichtiger Faktor außen vor gelassen worden: Eine Minijobberin erwirbt i.d.R. weder Rentenansprüche noch ist sie im Falle von Arbeitslosigkeit abgesichert. Bei dem im Beitrag genannten 20-Stunden-Teilzeitjob wäre jedoch beides der Fall. Auch wenn die zu erwartende Rente nicht hoch ausfällt: Ein paar hundert Euro im Monat haben oder nicht haben, macht Unterschied. Zu dem „wenigen“ mehr an Geld muss das dazugezählt werden. Angelika Köhler, Langen

Nicht dolle demokratisch

EU: „Billionen in der Sackgasse“, FR-Politik vom 20. November

Das Vetorecht sollte abgeschafft werden. Es kann doch nicht sein, dass der Präsident eines Landes mit knapp zehn Millionen Einwohnern die anderen 26 Ländern mit 430 Millionen Einwohnern blockiert. So doll demokratisch ist das nicht. Und wenn das Vetorecht abgeschafft werden soll, legt Herr Orbán eben sein Veto ein. So kommen wir nie auf einen grünen Zweig.
Fritz Brehm, Frankfurt

Hinterlistig argumentiert

Corona-Nachrichten: „Impfpflicht“, FR-Politik vom 18. November

Mit dem Hinweis auf die freie Berufswahl will dieser sogenannte Medizinethiker suggerieren, das Pflegepersonal habe damit auch einer Pflicht zugestimmt, welche er jetzt eingeführt sehen will. Eine ausgesprochen hinterlistige Argumentation und sicher nicht geeignet, dem drohenden Personalmangel abzuwehren. Adolfo Petrus, Frankfurt

Schon im Regelbetrieb gibt es Probleme

Zu: „Halbierter Unterricht“, FR-Regional vom 12. November

Peter Hanack hat Recht, wenn er die Probleme der Schüler*innen anspricht, die unter besonders ungünstigen Voraussetzungen leiden. Die Probleme der Beschulung aus dem Lockdown heraus haben allerdings nur bedingt mit dem berechtigten Interesse der Lehrkräfte zu tun, unter guten Bedingungen arbeiten zu dürfen. Schulen müssten so ausgestattet sein, als bliebe Corona für immer. Die mangelnde Finanzierung der öffentlichen Daseinsfürsorge, auch der Schulen, stellt jedoch eine weitere Pandemie neben Corona dar. Das System Schule ist so auf Kante genäht, dass im Normalfall unter großen Schwierigkei-

ten ein Regelbetrieb gestemmt wird (der trotzdem für über ein Viertel Arbeitszeiten jenseits der 48 Wochenstunden bedeutet). Eine Grippewelle reicht aus, um dem System Schule große Schwierigkeiten zu bereiten. Corona verschärft die Lage und legt die Probleme der Unterfinanzierung offen. Die Bereitschaft der Lehrkräfte, den Kopf für politische Verfehlungen der letzten Jahrzehnte hinzuhalten, um die Beschulung ihrer Klassen bestmöglich zu gewährleisten, war und ist sehr groß, beginnt allerdings jetzt zu kippen.
Lehrkräfte, denen als einzige Schutzmaßnahme das pausenlose Tragen von FFP-2-Masken

bleibt, sind besorgt. Sie sind besorgt, wenn Gesundheitsämter sich zehn Tage lang nicht melden und dann nur ein Betroffener, nicht aber sein Sitznachbar zu Hause bleiben muss. Sie sind besorgt, wenn sie sich die Inzidenz an ihrer Schule ausrechnen und feststellen, dass diese viel höher ist als in ihrer Kommune. Erschreckend viele berichten von Schlaflosigkeit, Unruhe-Attacken und Magenschmerzen. Es kann nicht sein, dass das Recht der Lehrkräfte auf Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gegen das Recht auf Bildung ausgespielt wird. Thilo Hartmann, Frankfurt
Diskussion: frblog.de/gottschalk